

Stellungnahme zur Demo NotSafe@All am 13.12.2020

1993, in der Hochzeit rassistischer Hetze und pogromartiger Stimmung gegen Geflüchtete, wurde das Grundrecht auf Asyl durch den sog. Asylkompromiss stark eingeschränkt. Mit der Grundgesetzänderung wurde das politische Konstrukt der „sicheren“ Drittstaaten und Herkunftsländer eingeführt. Kurzerhand war die BRD von „sicheren“ Drittstaaten umgeben, was eine „legale“ Asylantragsstellung in Deutschland nahezu unmöglich machte. Das Ergebnis dieser Idee ist das elendige Ping-Pong des heutigen Dublin-Systems.

Konstrukt der „sicheren“ Herkunftsländer politisch motiviert

Bereits 1993 wurden Ghana und Senegal willkürlich als „sichere“ Herkunftsländer eingestuft. Nachdem Senegal zwischenzeitlich von der Liste gestrichen wurde, wurde das Land 1996 entgegen massiver Proteste von Menschenrechtsorganisationen wieder aufgenommen. Dabei zeigt sich ein wiederkehrendes Muster: Unabhängige Berichte werden weitgehend missachtet und die Länder auch im aktuellen Einstufungsbericht von 2019 als „sicher“ deklariert. Selbst im eigenen Bericht spricht die Bundesregierung in Ghana von langer Untersuchungshaft ohne gerichtliches Verfahren, Todesstrafe, verbreiteten Kinder- und Menschenhandel sowie Kriminalisierung von Homosexualität.¹ Im Senegal werden tödliche Übergriffe von Sicherheitsbehörden, Kriminalisierung und Ächtung von Homosexualität sowie ein schwelender Konflikt in der Casamance-Region genannt. Das scheint die Bundesregierung aber nicht daran zu hindern, weiterhin an ihrer bisherigen Strategie festzuhalten und die Trennung von vermeintlich „berechtigten“ Geflüchteten und „unberechtigten“ Wirtschaftsflüchtlingen fortzuschreiben. Eine ähnliche Missachtung lag auch bei der Einstufung der Westbalkanstaaten 2014 und 2015 vor, da allen voran Roma in diesen Ländern von struktureller Diskriminierung betroffen sind. Nicht zuletzt die Debatte um die mögliche Einstufung der Maghreb-Staaten, die vor allem im Kontext der Kölner Silvester Nacht und dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt stattfand, zeigt, dass es weniger um die lokale Situation als um eine politische motivierte Einstufung der Länder geht.

Die Einstufung dient der Beschleunigung von Asylverfahren und Abschiebungen

Die Folgen dieser Politik zeigen sich an den Restriktionen, unter denen Geflüchtete aus „sicheren“ Herkunftsländern leben müssen. Da die Bundesregierung vermutet, dass in den Herkunftsländern prinzipiell keine Verfolgung stattfindet, kommt es bei den Asylanträgen zu einer Beweislastumkehr. Geflüchtete aus „sicheren“ Herkunftsländern müssen entgegen der Vorannahme nachweisen, dass sie schutzbedürftig sind. Die Gesamtschutzquoten sind

¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/164/1916465.pdf>

äußerst gering, gerade weil Asylanträge aus diesen Ländern grundsätzlich als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden sollen. Dabei verkürzt sich die Klagefrist auf eine Woche, was in der Praxis Rechtsmittel häufig verunmöglicht. Asylsuchende aus „sicheren“ Herkunftsländern werden in der Regel unbefristet in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht. Sie unterliegen meist einem Arbeitsverbot, obwohl das die EU-Aufnahmerichtlinie unterläuft. Sprachkurse sind nicht vorgesehen. Das Konstrukt der „sicheren“ Herkunftsländer führt damit zu einer massiven Entrechtung der Geflüchteten. Im Kern werden ihnen jegliche Möglichkeiten genommen, sich eigenständig ein Bleiberecht zu verschaffen. Trotzdem bleiben viele Geflüchtete beispielsweise wegen eines fehlenden Pass über lange Zeit – allein in der Freiburger Erstaufnahme leben Personen teils über mehrere Jahre unter belastenden Bedingungen und ohne Zukunftsperspektive.

Kommt zur Demo NotSafe@All

Wir solidarisieren uns deshalb mit dem Protest der Bewohner*innen der Landeserstaufnahmeeinrichtung Freiburg.

- Wir fordern das Ende der willkürlichen Einstufung:
Ghana und Senegal müssen sofort von der Liste der „sicheren“ Herkunftsländer gestrichen werden! Das Konstrukt der „sicheren“ Herkunftsländer gehört abgeschafft!
- Wir fordern die Anerkennung individueller Fluchtgründe:
Aufenthalts- und Verfahrensrechte müssen umfassend gewährleistet werden! Jede*r hat das Recht zu gehen und zu bleiben!

Kommt zur Demo und zeigt euch solidarisch!

Bitte haltet Abstand und kommt mit Mundschutz.



Aktion Bleiberecht
info@aktionbleiberecht.de
www.aktionbleiberecht.de



LEA Watch Freiburg
lea_fr_watch@riseup.net
www.leawatch.noblogs.org
